

Kiel, 09. Juni 2018

Nr. 06/2018

Aus dem Landtag (13. Tagung 04. bis 05. 07. 2018)

## Auf diesem Kurs ist die Schwarze Ampel ein Projekt von überschaubarer Dauer!

*Die Plenarsitzung im Juli begann mit einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit dem Titel „Schleswig-Holstein hält Kurs“, in der er neben der aktuellen Lage in Schleswig-Holstein auch auf die bundespolitischen Vorgänge in Berlin und die Streitereien von CDU und CSU einging. Dazu erklärt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein, Ralf Stegner:*

In den vergangenen Wochen haben wir ein beispielloses Schauspiel erlebt, das mich auch nach mehr als 25 Jahren in der Politik ziemlich erschreckt hat. Getrieben von der Angst vor dem Ausgang der bayrischen Landtagswahl hat die CSU nicht nur eine Koalition, sondern ein ganzes Land in Geiselhaft genommen und eine Debatte losgetreten, die losgelöst von Fakten und Realitäten darauf ausgerichtet war, Ängste zu schüren, Vorurteile zu wecken und Miteinander zu zerstören. Eine Debatte zwischen Schwesterparteien mit öffentlichen Ultimaten, Drohungen, Erpressungen, ausgetragen im Stil von Wirtshausschlägereien. Das Schauspiel ging so weit, die CSU-Mehrheit im bayrischen Landtag über einen streng geheimen sogenannten „Masterplan“ abstimmen zu lassen, dessen Inhalte selbst den abstimmenden CSU-Landtagsabgeordneten unbekannt waren. Was für eine Farce! Das erinnert einen eher an andere Regierungssysteme. Was für eine beispiellose Respektlosigkeit vor gewählten Abgeordneten. Ich hoffe inständig, so etwas im Schleswig-Holsteinischen Landtag nie erleben zu müssen und will ausdrücklich anerkennen, dass wir mit dem Ministerpräsidenten zu diesem Punkt in den letzten Tagen zumeist auf der gleichen Seite argumentiert haben.

Der Ministerpräsident hat sich in seiner Regierungserklärung auch redlich Mühe gegeben, die Schwarze Kieler Ampel als alternatives Politikmodell darzustellen. Ein deutsches Sprichwort sagt: Jeder Krämer lobt seine Ware und keine Frage: Ein paar Ladenhüter hat er aus dem Sortiment genommen. Zumindest das Abrutschen der norddeutschen Christdemokraten in rechtspopulistische Gefilde – Stichwort „Abschiebe-TV“ und Schweinefleischpflicht – konnte

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

durch die Aussicht auf schwarz-grüne Regierungsbeteiligung gestoppt werden. Das ist sicherlich ein echter Verdienst. Aber dass es ausgerechnet das Bündnis aus CDU, FDP und Grünen sein soll, das „auf die Stimme der Bürgerinnen und Bürger hört“, erscheint mir doch arg weit hergeholt. Es ist schließlich die Schwarze Ampel, bei der der Dialog unter die Räder kommt. Und genau in diesem Punkt unterscheidet sich diese Landesregierung fundamental von der Küstenkoalition. Ich erinnere an die Umstellung von G8 auf G9: mit der Brechstange, ohne Rücksprache, mit absurden Hürden und unter unnötigem Zeitdruck. Ein tolles Beispiel für gelungenen Dialog! Und es ist auch die Koalition Daniel Günthers, die in Landtagsausschüssen mit ihrer Mehrheit versucht Anhörungen zu verhindern, wenn das Thema droht, den Koalitionsfrieden zu gefährden. Und es ist auch die Koalition, die mitten im Verfahren zur Neuaufstellung der Regionalpläne Änderungen des Landesplanungsgesetzes durchpeitscht. Damit schaffen CDU, FDP und Grüne ganz sicher keinen verbindenden Dialog.

Es ist genau dieser Politikstil, mit dem Gräben aufgerissen werden, die wir im Land längst zugeschüttet haben. Pressemitteilungen zum Thema Gemeinschaftsschulen zeigen ganz deutlich, wohin zum Beispiel die andauernden Nadelstiche von Bildungsministerin Karin Prien gegen die Gemeinschaftsschulen geführt haben. Wir Sozialdemokraten werden diese Schulen mit aller Entschlossenheit verteidigen.

„Schleswig-Holstein hält Kurs!“ ist ein wirklich passender Titel, wenn es darum geht, über die Erfolge nach einem Jahr Schwarze Ampel zu sprechen. Denn wirklich vorzeigbar sind die Ergebnisse mit wenigen Ausnahmen nur dort, wo Schleswig-Holstein auf dem Kurs der Vorgängerregierung gehalten wird. Mehr Investitionen, Stellenaufbau für die innere Sicherheit und bei der Bildung, der Glasfaserausbau, die Digitalisierung der Landesverwaltung, die Sanierung der Sportstätten - bei all diesen Projekten hält Daniel Günther den Kurs der Küstenkoalition und nutzt die überaus großzügigen neuen Finanzspielräume für Aufstockungen. Das erkennen wir ausdrücklich an. Denn uns ist durchaus bewusst, dass es keine leichte Übung ist, wenn CDU und FDP beispielsweise unser Investitionsprogramm „Impuls“ über Jahre verdammten und jetzt umso eifriger selber für sich nutzen.

Nach einem Jahr Schwarzer Ampel ist auch die Zeit, um Bilanz zu ziehen, bei dem, was weniger gut lief. Und nach einem Jahr sind es insbesondere die eigenen Schwerpunkte des Ministerpräsidenten, die ein Flop sind. Die Abstände zu Windkraftanlagen kann er nicht erheblich vergrößern, weil die Landesfläche dafür nach wie vor zu klein ist. Für 90 % der Menschen ändert sich nichts, weil Daniel Günther seine Wahlversprechen gebrochen hat. Mit der A20 kommt er kein Stück schneller voran. Die lauthals angekündigte Fertigstellung in dieser Legislaturperiode

## Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

hat er längst kassiert. Und auch die Straßenausbaubeiträge werden mitnichten in allen Kommunen abgeschafft, sondern nur dort, wo reiche Kommunen es sich leisten können. Das ist eine ziemlich traurige Bilanz!

Wirklich stark ist diese Landesregierung nur im Ankündigen. Der Kita-Beitrag muss spürbar günstiger werden, das wird immer wieder gern betont. Aber dem Ergebnis sind die Koalitionäre in einem Jahr Schwarze Ampel noch kein Stück näher gekommen. Rund um Schleswig-Holstein kommt unter sozialdemokratischen Landesregierungen die Beitragsfreiheit – hier hingegen treten wir auf der Stelle. Daniel Günther isoliert unser Land und verkauft es schon als großen Erfolg, wenn ohnehin schon horrenden Beiträgen nicht noch höher werden. Und dabei trifft noch nicht einmal das überall zu.

Für mehr als Ankündigungen reicht es auch mit dem Engagement beim bezahlbaren Wohnen nicht aus. Wir brauchen dringend Unterstützung z.B. für den kommunalen Wohnungsbau, weil der Markt alleine es eben nicht regelt, sondern in einigen Bereichen dramatisch versagt.

Nicht voranzukommen ist eine Sache. Die Errungenschaften einer fortschrittlichen Politik mit beiden Händen wieder einzureißen eine ganz andere. Nach einem Jahr beobachten wir mit großer Sorge, wie der Ministerpräsident dem Wirtschaftsminister freie Hand bei seinem Engagement gegen Gute Arbeit lässt. Eine Bundesratsinitiative gegen den Mindestlohn war der Anfang, der traurige Höhepunkt ist bislang die geplante faktische Abschaffung des Tariftrue- und Vergabegesetzes. Ohne Anlass und aus ideologischen Gründen werden in Schleswig-Holstein, dem westdeutschen Lohnkeller, Standards zulasten der Beschäftigten geschliffen. Und diese Landesregierung kann sich sicher sein: Die Demo vor der Tür bei der letzten Landtagssitzung war nur ein erster Vorgeschmack auf die Reaktion ebendieser Beschäftigten. Dass gute Arbeit bei ihr keinerlei Lobby hat, wird ihr noch kräftig auf die Füße fallen.

## **Die Schaffung von angemessenem Wohnraum für alle muss oberstes Staatsziel werden**

*Der Sozialverband und der Deutsche Mieterbund haben am 16. Februar dieses Jahres eine Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein gestartet. Die schleswig-holsteinische SPD unterstützt seit Beginn geschlossen das Anliegen dieser Initiative. Dazu erklärt die wohnbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Özlem Ünsal:*

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Zu deren Kernforderungen der Volksinitiative gehören die Punkte

- das Recht auf eine angemessene Wohnung in die Landesverfassung
- ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum
- die Neugründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften mit Landesmitteln
- den Bau von geförderten sowie barrierefreien Wohnungen und
- die Nachbesserung der Mietpreisbremse

Wir sind mittlerweile bei fast 16.000 Unterschriften angelangt, Tendenz rasant steigend. Inzwischen haben auch die Grünen erklärt, die Volksinitiative von Mieterbund und Sozialverband zu unterstützen. „Guter und bezahlbarer Wohnraum wächst eben nicht auf Bäumen. Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und kein Luxus. Wir setzen uns für funktionierende Regelungen zur Begrenzung des Mietanstiegs und die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus ein! Deswegen unterstützen wir die Volksinitiative“ heißt es von dort. Auch wenn wir von diesem Bekenntnis hier im Landtag bisher noch nicht wirklich etwas bemerkt haben. Im Gegenteil machte Jamaika bisher hauptsächlich durch die konsequente Ablehnung aller Initiativen zu den von mir genannten Kernforderungen von sich aufmerksam. Durch das klare Bekenntnis der Grünen ist hoffentlich davon auszugehen, dass sich diese Situation ändern wird! Das erwarten die Tausenden von Unterzeichnerinnen und Unterzeichner und alles andere führt zur Unglaublichkeit. Bei den restlichen Regierungsparteien CDU und FDP fehlt bisher jegliches positives Bekenntnis zu den Forderungen vieler Betroffener und ihrer Familien. Die liberale Ideologie und der sture Glaube an die Regelungskräfte des freien Marktes setzen sich bei diesem Thema in Jamaika weiterhin durch. Dabei ist es längst an der Zeit, dass auch die schleswig-holsteinische Jamaika-Koalition die Dringlichkeit des Themas und seine Verantwortung erkennt und in seinen Zielen nicht mehr deutlich hinter denen von Bund und Kommunen zurückfällt. Sowohl die unterzeichnenden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als auch wir erwarten einen klaren Kurs und nicht nur halbherzige Lippenbekenntnisse. Ich freue mich ausdrücklich, dass es uns für Kiel gelungen ist, die Kernforderung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in den Verhandlungen selbst in einer Ampelkonstellation zu einen. Gutes darf auch gerne hier von Jamaika abgeguckt werden. CDU, FDP und Grüne müssen den Menschen da draußen zeigen, dass sie es ernst meinen mit dem Recht auf bezahlbares Wohnen in unserem Land.

## Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Die Landesregierung muss durch eine strategische Wohnungsmarkt- und Förderpolitik dafür Sorge tragen, dass eine soziale Spaltung verhindert wird.

Unterstütze auch du die Volksinitiative mit deiner Unterschrift. Weiter Informationen dazu findest du auf [www.sovd-sh.de/volksinitiative-fuer-bezahlbaren-wohnraum/](http://www.sovd-sh.de/volksinitiative-fuer-bezahlbaren-wohnraum/)

## **Sanierung der Frauenhäuser: Offensichtlich hat diese Landesregierung nicht begriffen, was ein „Sofortprogramm“ ist**

*Bereits im November des vergangenen Jahres hat der Landtag einstimmig die Landesregierung dazu aufgefordert, ein Sofortprogramm zur Sanierung der Frauenhäuser in Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Das Problem: Obwohl der Investitionsbedarf schon längst ermittelt wurde, teilte die Landesregierung auf Nachfrage mit, dass die Förderrichtlinien, nach denen das Geld dann auch tatsächlich bei den Frauenhäusern ankommen kann, erst wohl Ende des Jahres veröffentlicht sein werden. Diese Landesregierung arbeitet viel zu langsam! Beate Raudies, die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, sagt dazu:*

Wir haben uns über das Sofortprogramm sehr gefreut, denn die Frauenhäuser in unserem Land sind in die Jahre gekommen. Aber sie sind nach wie vor notwendig: Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, brauchen Schutzräume. Deshalb war es wichtig und richtig, dass die Küstenkoalition die Kürzung der Frauenhauszuschüsse der schwarz-gelben Regierung zurückgenommen hat.

Und es ist gut, dass die derzeitige Koalition diesen Kurs fortsetzen will und auch mehr Geld für die Unterstützung der Frauenhäuser bereitstellt. Die Idee für ein Investitionsprogramm ist bereits in der vergangenen Legislaturperiode entstanden – über Fraktionsgrenzen hinweg und auch in der Debatte im November wurde eine große Einmütigkeit deutlich. Und tatsächlich hat die Regierung stark begonnen: Bereits im September erfolgte die erste Lesung des Gesetzes zur Aufnahme der Frauenhäuser in das IMPULS-Programm. Und im Oktober 2017 wurden die Kommunalen Landesverbände und die Frauenhäuser angeschrieben, um den Investitionsbedarf zu ermitteln.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Im Zuge der Haushaltsberatungen im Januar dieses Jahres berichtete das Ministerium dann, die vorhandenen Haushaltsmittel würden wohl ausgeschöpft werden. Mit dem Haushalt 2018 wurden 3 Millionen Euro bereitgestellt – eigentlich nur noch Formsache, oder?

Offensichtlich verstehen wir unter dem Wort „Sofortprogramm“ etwas anderes als die Landesregierung. Wie sonst ist es zu erklären, dass uns die Regierung im Juni auf Anfrage mitteilt, die Förderrichtlinie werde voraussichtlich Ende dieses Jahres veröffentlicht? Sie selbst bezeichnen sich als die „Koalition der Möglichmacher“ – aber diesem Anspruch werden sie im Fall der Frauenhäuser in keinster Weise gerecht. Leidtragende sind die Frauen, die nicht aufgenommen werden können oder die unter zum Teil schwierigsten Bedingungen leben müssen.

## **Fiasko für die Energiewende: Ein Jahr wurde vergeudet und nichts ist passiert**

*Nach einem Jahr Jamaika in Kiel ist es bei der Energiewende zum Supergau gekommen. Der Ausbau von Windkraftanlagen liegt faktisch darnieder. War Schleswig-Holstein zu Zeiten der Küstenkoalition noch Energiewendechampion im Bundesländervergleich, wird es mittlerweile immer weiter abgehängt. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Hölck:*

Mit dem Energiewende- und Klimaschutzbericht 2018 legt eine Landesregierung den mittlerweile sechsten Bericht über den Stand der Energiewende- und Klimaschutzpolitik vor. Die positive Gesamtentwicklung von 2013 bis heute hat ganz viel mit der guten alten Küstenkoalition und ganz wenig bis gar nichts mit der amtierenden Jamaikakoalition zu tun. Im Gegenteil: Auf eine kleine Anfrage, wie viele Genehmigungen zum Bau von Windkraftanlagen an Land seit Jahresbeginn in Schleswig-Holstein erteilt wurden, antwortete die Landesregierung knapp und bescheiden: Drei. Besser kann man das Politikversagen von Jamaika beim konkreten und für Schleswig-Holstein wohl wichtigsten Ausbau der erneuerbaren Energien nicht dokumentieren. Das ist so desaströs, dass schon die Inaussichtstellung von Ausnahmegenehmigungen von der Landesregierung als Erfolg verkauft wird. Das ist ein politisches Armutszeugnis. Ein Jahr wurde vergeudet und nichts ist passiert. Der einzige Grund dafür ist, dass Daniel Günther versucht, seine Wahlversprechen zu kaschieren, von denen er schon vor der Landtagswahl wusste, dass sie nicht einzuhalten sind.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Die Grünen haben sich mit dem falschen Koalitionspartner eingelassen und gefährden damit die langfristige Einhaltung der im Energiewende- und Klimaschutzbericht beschriebenen Zielszenarien. Um die Akzeptanz der Energiewende muss täglich gerungen werden. Ich empfinde es gerade in diesen Tagen mehr als ärgerlich, dass durch die monatelange Diskussion um die Regionalplanung die große Linie, warum wir die Energiewende eigentlich brauchen, aus den Augen verloren wird.

Wir wollen hier unseren Beitrag leisten, dass die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens 2050 erreicht werden. Hier in dem schönsten Bundesland der Welt wollen wir national und international vormachen, wie Energiewende funktionieren kann. Das Bundesland zwischen den Meeren hat ein ureigenes Interesse, die Erderwärmung und damit den Anstieg der Meeresspiegel zu begrenzen. Und wir wollen unseren Beitrag leisten, damit in der Dritten Welt die Gegenden, in denen Landwirtschaft und damit die Versorgung der Menschen noch möglich ist, nicht aufgrund des veränderten Klimas noch weniger werden. Energiewende und Klimaschutz sind auch ein wesentlicher Beitrag, Fluchtursachen zu bekämpfen.

## **In der Pflege wird händeringend nach qualifiziertem Personal gesucht**

*In unserem Antrag (Drucksache 19/816) haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, mit der bundesweiten Reform der Pflegeausbildung auch eine Reform der schleswig-holsteinischen Assistenzbildungen im Pflegebereich durchzuführen. Das Ziel der Reform soll eine generalistische Gesundheits- und Pflegeassistentenausbildung für die Alten- und Krankenpflege mit einer angemessenen Ausbildungsvergütung sein. Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:*

Schleswig-Holstein wird immer älter. Der demografische Wandel wird unser Land in Zukunft tiefgreifend verändern. Die Landesregierung muss die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen zu ihrem zentralen politischen Anliegen machen. Alles, was zur Stärkung der Pflege führt, gehört auf der politischen Agenda ganz nach oben! Politisches Handeln ist gefragt! Ich bin sehr froh, dass das Thema Pflege endlich die gesellschaftliche, politische und mediale Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient. Lange Zeit war es belächelt und als Randthema in der Gesundheitsversorgung behandelt.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Die Pflegehelfer- und –assistenzausbildungen liegen in der Zuständigkeit der Länder. Qualifizierte PflegehelferInnen leisten eine unersetzliche Arbeit und sind elementarer Bestandteil der Teams. Aktuell gibt es in Schleswig-Holstein die einjährige Altenpflegehilfeausbildung und eine dreijährige schulische Ausbildung zur Fachkraft für Pflegeassistenz, die mit dem mittleren Bildungsabschluss einhergeht. Leider kommen von den Pflegeassistenten nicht genügend in den Kliniken und stationären Einrichtungen an, obwohl gut ausgebildete Pflegeassistenten dringend benötigt werden. Deshalb fordern wir die Landesregierung in unserem Antrag dazu auf, mit der Pflegeberufereform auch die Helfer- und Assistenzausbildungen im Pflegebereich hin zu einer generalistischen Gesundheits- und Pflegeassistenzausbildung zu reformieren. Damit soll auch Menschen der Zugang zum Pflegeberuf ermöglicht werden, die die Voraussetzungen für die dreijährige Ausbildung zur „Pflegefachfrau“ bzw. „Pflegefachmann“ nicht erfüllen - die aber sehr wohl in einem multiprofessionellen Team gemeinsam mit Fachkräften arbeiten und Grundpflegetätigkeiten am Menschen ausüben können, die sie vorher in einer 1- und oder 2jährigen Ausbildung erlernt haben. Wichtig ist uns dabei die Durchlässigkeit zur 3jährigen Fachausbildung. Jamaika muss auch die Pflegehelferberufe in den Fokus nehmen.

Wie man es auf keinen Fall machen sollte, hat uns die Landesregierung Hessens erst kürzlich vorgemacht. Ganz nach dem Motto „Rückenwaschen kann doch jeder“ hatte der Landtag mit schwarz-grüner Mehrheit dort die Hürden für die Helferausbildung in der Altenpflege herabgesenkt. Das ist schlichtweg politische Kapitulation und spielt denjenigen in die Hände, die mit „billiger“ Pflege möglichst hohe Renditen erzielen und auch am liebsten die Fachkraftquote herabsetzen wollen. Die Öffnung der Altenpflegeausbildung für Menschen ohne Schulabschluss wird letztlich zu einem Imageschaden am Pflegeberuf insgesamt führen. Wir hingegen sagen ganz klar: Pflege braucht Qualifikation und Professionalität – und die fallen nicht vom Himmel!

## **Rollback in der Lehrkräftebildung: Im Jahr 2018 muss Schluss sein mit der Ideologie von Häuptlingen und Indianern**

*Nach dem Willen von CDU, FDP und Grünen sollten die Gymnasien Schüler auf ein Studium vorbereiten und mit den Hochschulen kooperieren, die Gemeinschaftsschulen für alle anderen Schüler und - bis auf Einzelfälle - für die Inklusion zuständig sein. So geht es im Jahr 2018 nicht mehr. Alle Schularten müssten Berufsorientierung in alle Richtungen leisten. Das hat die SPD in*

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

*einem Antrag (Drucksache 19/814) klargestellt. Dazu erklärt der stv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und bildungspolitische Sprecher, Martin Habersaat:*

Anders als bei der Weltmeisterschaft brauchen wir keinen Videobeweis: Wir waren mit unserem Antrag um sechs Drucksachennummern schneller als die Koalition. Dass beide politischen Lager die Berufsorientierung als wichtiges Thema ansehen, ist bestimmt kein Nachteil. Wir haben dabei wohl alle auf den Aufschlag von Schulsenator Ties Rabe aus Hamburg reagiert, der so weit gehen will, das Schulfach „Berufs- und Studienorientierung“ in der Oberstufe verbindlich einzuführen.

Wir stehen neuen Schulfächern grundsätzlich etwas skeptisch gegenüber, weil wir bei jedem neuen Fach auch entscheiden müssen, welches alte Fach dafür wegfiel oder reduziert würde. Es geht auch nicht in erster Linie um das Format, sondern um das Thema. § 4 des Schulgesetzes macht Berufsorientierung zur Querschnittsaufgabe des gesamten Schulwesens. Dabei geht es nicht darum, den jungen Menschen die Freiheit einer Orientierungsphase, zu Reisen ins Ausland oder zu sozialem Engagement beispielsweise im Rahmen eines FSJ zu verwehren.

Es geht aus meiner Sicht nicht einmal primär um die Besetzung unbesetzter Ausbildungsstellen, wie sie Koalitionsfraktionen in der Begründung ihres Antrages zuvorderst nennen. Es geht darum, jungen Menschen ihre Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Wer früh einen Weg für sich sieht, kann sich darauf vorbereiten.

Niemand muss mit 16 wissen, was er mit 32 macht. Und trotzdem kann eine Idee von den eigenen Stärken und den Anforderungen in den verschiedenen Berufsfeldern sehr hilfreich sein. Wer sich für soziale Arbeit interessiert, kann sein FSJ vielleicht in diesem Bereich absolvieren, um erste Erfahrungen zu sammeln. Wer eine Stelle im diplomatischen Dienst anstrebt, könnte die große Weltreise mit gezielter Verbesserung seiner Fremdsprachenkenntnisse verbinden. Wir wünschen uns ausdrücklich, dass alle Schularten Berufsorientierung in alle Richtungen leisten. Es muss im Jahr 2018 Schluss sein mit der Ideologie von Häuptlingen und Indianern, wie sie leider gerade wieder beim angestrebten Rollback in der Lehrkräftebildung zutage tritt.

## Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

## **Jamaikas Pläne reichen bei weitem nicht aus!**

*Auch im Juli-Plenum des Landtages wurde wieder hitzig über die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel in Schleswig-Holstein diskutiert. Dazu erklärt die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:*

Die Pläne der Jamaika-Koalition zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel sind bemerkenswert, haben uns die Debatten hier im Landtag über die Zulassung von Neonikotinoiden und den von uns geforderten Ausstiegsplan für Glyphosat doch gezeigt, wie wenig ambitioniert die Jamaika-Koalition bei diesem Thema ist. Während die Grünen auf Europa- und Bundesebene ein Verbot aller Neoniks fordern, einigt man sich hier auf das, was in Berlin schon beschlossen ist. Während im KOA-Vertrag vereinbart ist, den Einsatz von Glyphosat so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden und der Bundesvorsitzende der Grünen ein Verbot fordert, reicht es bei Jamaika nur für windelweiche Forderungen. Nix Konkretes. Die von CDU, FDP und Grünen dazu gefassten Beschlüsse sind ihr kleinster gemeinsamer Nenner und das reicht bei weitem nicht aus, um bei der Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes hier in Schleswig-Holstein überhaupt irgendwie voran zu kommen. Das müssen wir aber ändern und zwar hurtig – für die Verbraucherinnen und Verbraucher, für den Artenschutz und für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Wir alle, auch die Bäuerinnen und Bauern wissen, wir brauchen eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Und dafür steht die SPD: Für eine nachhaltige Landwirtschaft, die ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel ist. So hat es im April auch der SPD Bundesparteitag auf der Grundlage eines Antrags des SPD Umweltforums Schleswig-Holstein beschlossen!

Die Bundesregierung hat am 10.04.2013 den Nationalen Aktionsplan (NAP) zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmittel verabschiedet. Der Aktionsplan ist Teil der Umsetzung der EU-Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie von 2009 über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden. Er wurde unter Mitwirkung der Länder erstellt. Alle beteiligten Behörden des Bundes und der Länder, die Wissenschaft, die betroffenen Verbände der Land- und Forstwirtschaft, des Gartenbaus, der Haus- und Kleingartenbereichs und der Wasserwirtschaft sind ebenso aufgerufen, gemeinsam an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zu arbeiten wie die betroffenen Unternehmen und der Handel sowie die Verbände des Verbraucher-, Umwelt und Naturschutzes. Und was hat das Ministerium in Schleswig-Holstein gemacht? Gute Frage, denn auf der Homepage findet man noch nicht einmal einen Link zum NAP! Jetzt im Juli 2018 hören wir vom Minister einen Bericht zum Stand der Strategie für eine Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Wir brauchen keine neue Strategie, wir müssen das Rad nicht neu erfinden: es gilt, den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz mit klaren Zielmarken endlich umzusetzen!

Im Oktober 2015 stellte Minister Habeck in Berlin das Gutachten zu möglichen Steuern auf Pflanzenschutzmittel vor. Habeck sagte dazu: „Wir müssen geeignete Wege finden, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und damit die Einträge in die Umwelt zu reduzieren. Das ist Handlungsauftrag, der sich aus den EU-rechtlichen Vorgaben ergibt und Ziel der Bundesregierung.“ Hier im Landtag hat er am 14. Oktober 2015 gesagt, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln minimiert werden muss. Ja, genau, das ist der Handlungsauftrag – aber warum ist dann bisher so wenig passiert? Außer Spesen nix gewesen. Wir haben in der Küstenkoalition gemeinsam eine Menge erreicht! Ein deutliches Mehr an Ökolandbau, umfangreiche Förderangebote im Agrar-Umweltbereich, Runder Tisch Tierwohl, Ausbau des Landeslabors, da kommt einiges zusammen. Unter Jamaika wird zwar viel geredet, aber für die Neuausrichtung der Landwirtschaft nichts entschieden!

## **Verbesserung der Berufsbedingungen von Beamtinnen und Beamte: Wann, wenn nicht jetzt!**

*Beamtinnen und Beamte aus Polizei- und Verfassungsschutz sind bei ihren Einsätzen oft hohen Risiken und starken körperlichen sowie seelischen Belastungen ausgesetzt. In ihrem Antrag (Drucksache 19/826) haben die Jamaika-Koalitionäre die Landesregierung darum gebeten, die Erschwerniszulage für genau diese Personengruppe auf das durchschnittliche Bundesniveau anzuheben. Das ist zwar ein wichtiger Schritt, die Attraktivität des Polizeidienstes muss jedoch nach Ansicht der SPD noch viel stärker gesteigert werden. Dazu erklärt die polizeipolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kathrin Wagner-Bockey, die selbst Polizeibeamtin ist:*

Die SPD-Fraktion begrüßt das Vorhaben von CDU, FDP und Grüne. Wir sind jedoch stark verwundert darüber, dass der Antrag nicht konkreter ist. Als Polizeibeamtin könnte ich da nämlich ein paar Vorschläge machen!

1. Wer zur Bekämpfung von Terrorlagen speziell ausgebildet wird und wer die höchste Gefahr im Polizeialltag auf sich nimmt, der braucht die höchste Zulage! Das sind erwiesenermaßen die Spezialeinsatzkommandos (SEK) und die Mobilien Einsatzkommandos (MEK).
2. Vergleichbar und doch anders sieht die Lage für verdeckte Ermittler aus. Sie sind im Einsatz komplett auf sich allein gestellt und agieren ohne polizeiliche Ausrüstung.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Auch sie tragen ein besonderes Risiko und sind für lange Zeit in ihrem Privatleben extrem eingeschränkt.

3. Zivilstreifenkommandos und die Observationskräfte des Verfassungsschutzes gehören in eine eigene, miteinander vergleichbare Gruppe.

Und dann kommt man zu dem Punkt, wo man über das konkrete Geld reden könnte, aber das hat sich die Koalition offensichtlich ja für später aufgespart. Die Koalitionäre sprechen in ihrem Antrag davon, dass Schleswig-Holstein Nachteile bei der Nachwuchsgewinnung entstehen, wenn die Zulagen nicht erhöht werden.

Nach meiner ersten Ausbildung zum mittleren Dienst habe ich mich beim MEK in Hamburg beworben. Ich wollte dort unbedingt hin, weil es eine „echt coole“ Truppe war. Ich war jung, sportlich und an Geld habe ich nicht eine Zehntelsekunde gedacht. Dann erhielt ich den Anruf, ich möge zum Bewerbungsgespräch kommen. Das habe ich jedoch abgelehnt, weil ich zwischenzeitlich an einer anderen tollen Dienststelle gelandet war – ohne Gehaltszulage. Wenn man aber meint, mit Geld für attraktive Bedingungen sorgen zu können, dann kann ich nur sagen, geht es neben den von CDU, FDP und Grüne beschlossenen begrenzten Vergünstigungen auch noch um etwas ganz anderes. Wir als SPD wollen attraktivere Berufsbedingungen für alle Beamtinnen und Beamten im schleswig-holsteinischen Land. Und das erreicht man wie? Richtig: Über das Weihnachtsgeld!

Und was fehlt noch? Der abschließende Schwank aus meiner Biografie! Ich war jung, hatte ein Kind und war alleinerziehend. Ich brauchte das Geld, wäre aber nie in ein Spezialeinsatzkommando gegangen zu der Zeit. Wieso nicht? Weil der passende Kitaplatz und die Beitragsfreiheit fehlten.

- Weihnachtsgeld für alle unsere Landesbeamten
- Kita beitragsfrei
- Bezahlbarer Wohnraum
- Guter ÖPNV auch auf dem Land

Das würde dem ganzen Land helfen, das würde unsere Attraktivität unglaublich steigern und die Schleswig-Holsteiner richtig glücklich machen!

## Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

## Happy Birthday, liebe Heide!

*Deutschlands erste Ministerpräsidentin, Heide Simonis, ist am 4. Juli 2018 75 Jahre alt geworden. Dazu gratuliert der Fraktions- und Landesvorsitzende der SPD-Schleswig-Holstein, Ralf Stegner:*

Als erste Ministerpräsidentin Deutschlands hat sich Heide Simonis in der Männer-Domäne Politik behauptet und damit vielen Frauen Mut gemacht. Sie hat den unter der Engholm-Regierung begonnenen gesellschaftlichen Modernisierungskurs fortgesetzt und damit unser Land, in dem wir heute alle gerne leben, entscheidend geprägt. Die SPD-Powerfrau hat eine Reformregierung geführt und sich dabei auch von den herben Schikanen der politischen Konkurrenz nie unterkriegen lassen. Zu ihren größten Verdiensten zählt, dass sie die Gleichstellungspolitik in unserem Land nach vorne brachte. Von der Verabschiedung eines modernen Gleichstellungsgesetzes profitieren Schleswig-Holsteins Frauen bis heute.

Zu ihren gesellschaftspolitischen Vorstößen gehört auch, dass sie sich bereits 1998 dafür einsetzte, die Rechte von Sinti und Roma in die Landesverfassung aufzunehmen, was damals noch von der CDU blockiert wurde. Ihre Persönlichkeit zeichnet sich durch ihr politisches Gespür, Willensstärke und Durchsetzungsfähigkeit aus. Besonders durch ihre Schlagfertigkeit ist Heide Simonis weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannt und ungeheuer beliebt geworden. Auch nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik hat sie sich als Vorsitzende von UNICEF Deutschland oder als Schirmherrin für verschiedene Frauenfachprojekte gesellschaftspolitisch weiter engagiert. Heide Simonis ist durch ihr erfolgreiches politisches Wirken zu einem nicht mehr wegzudenkenden Teil der Geschichte unseres Landes geworden und hat bis heute eine enorme Popularität in der Bevölkerung. Wir sind stolz darauf, dass sie eine von uns ist. Wir alle haben ihr viel zu verdanken. Im Namen meiner Fraktion und der Partei wünsche ich ihr für die Zukunft nur das Beste!

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)



Hier gehts zu den Reden auf unserem Youtube-Kanal:

<https://www.youtube.com/channel/UCQ3WeZZBtAgYH1WylFsYU7w>

#### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)